Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigennehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 300. — 87 Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 27. Dezember 1928**

Ein langer Weg.

„It is a long, long way to tipperary . . ." heißt es in dem bekannten englischen Soldatenlied. Wirklich: es ist „ein langer, langer Weg" von der Genfer Konferenz im September vergangenen Jahres, als die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung des Dawes-Planes beschlossen war, bis heute, da man sich nun zwischen den sechs beteiligten Mächten darüber geeinigt hat, wie zunächst einmal diese Kommission zusammengesetzt sein soll. Die kurz vor Weihnachten herausgekommene Erklärung der sechs Regierungen hat aber doch schon wieder eine Art Marschroute in die Arbeit der Kommission hineingelegt durch die Feststellung, daß die an und für sich unabhängigen Finanzsachverständigen sich mit ihren künftigen Vorschlägen an jene Verbindlichkeiten zu halten haben, „die sich aus den zwischen Deutschland und den Gläubigermächten bestehenden Verträgen und Abkommen ergeben". Das wird noch einmal unterstrichen in der besonderen Veröffentlichung der beteiligten Mächte, heißt selbstverständlich nichts anderes, als daß an dem Versailler Vertrag, dem Londoner Abkommen und zahlreichen anderen „Vereinbarungen" solcher Art nicht gerührt und gerüttelt werden soll. Das wieder ist das Absprungsbrett für die französische Forderung, die leider von der englischen Regierung unterstützt wird und in Brüssel begeisterten Beifall gefunden hat, daß nämlich bei der künftigen endgültigen Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen nicht etwa bloß eine Summe festgelegt werden soll, die den interalliierten Schulden an Amerika entspricht, sondern auch eine Entschädigung für die sogenannte Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, außerdem alle sonstigen französisch-belgischen Kriegskosten umfaßt; sieht doch der Versailler Vertrag grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Deutschland als der am Kriege schuldige Teil alle Kosten des Weltkrieges zu tragen habe und infolgedessen kam man ja in London 1921 auf die phantastische Forderung einer Kriegsentschädigung von 132 Milliarden.

Die Arbeit der Sachverständigenkonferenz wird sich demgemäß zunächst erstrecken auf die Feststellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. 1924 hat ja die Dawes-Kommission diese Feststellung versucht, und wir haben es zu spät verspürt, daß diese Sachverständigen zu ganz abwegigen Resultaten gekommen sind. Man braucht nur an die Aufwertungsgesetzgebung zu denken; auch sonst ist die Reichsschuld sowie die Verschuldung der Länder inzwischen beträchtlich gewachsen. Außerdem hat sich ja vor allem das eine nicht erfüllt, was 1924 die Sachverständigen als derart zweifellos hinstellten, daß sie es zur Grundlage des gesamten Zahlungsplanes machten: die Zuversicht nämlich, Deutschlands Wirtschaft werde sich rasch erholen und aus deren Überschüssen sollten dann die Zahlungen erfolgen. Wenig davon ist eingetreten, der deutsche Export liegt mit durchschnittlich drei Milliarden unter der Höhe der deutschen Einfuhr. Es wird also wohl einen harten Kampf in der Konferenz geben, wenn sie etwa Mitte Januar zusammentritt.

Im übrigen hat jetzt auch Amerika erklärt, daß allein die Durchsetzung des deutschen Standpunktes, zur Konferenz dürften nur völlig unabhängige Sachverständige entsandt werden, es den Vereinigten Staaten ermöglicht habe, auch ihrerseits ihre Mithilfe auf dieser Konferenz nicht zu versagen. Ursprünglich bewegten sich nämlich die englisch-französischen Absichten in entgegengesetzter Richtung: man hatte vor, die ganze Sache auf einer rein europäischen Konferenz zu erledigen.

*

„Es ist ein langer, langer Weg . . .", auch ehe Deutschland und Polen zu einem Handelsvertrag kommen. Kurz vor Weihnachten ist wieder einmal ein Stückchen dieses Weges zurückgelegt worden, aber sofort haben sich wieder gewisse Bedenken erhoben, ob man auch wirklich vorwärtsgekommen ist. Das, was unsere Vertreter als polnische Vorschläge und Konzessionen nach Berlin mitbrachten, stimmt nämlich nicht ganz mit dem überein, was man ihnen in Warschau bereits zugesagt hatte. Auch das läßt sich erst im kommenden Jahre klären; jedenfalls kann sich Polen aber nicht darüber beklagen, Deutschland sei ihm nicht weit genug entgegengekommen. Denn schon erheben sich namentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen und aus der oberschlesischen Kohlenindustrie Stimmen des Protestes gegen die deutschen Zugeständnisse. So wird das Ringen also fortgesetzt werden, und es wird ein harter Kampf sein, namentlich deswegen, weil Polen für seine Industrie fürchtet, weil es auf dem Standpunkt steht, es sei wichtiger, diese künstlich emporzupflegen, als einen vernünftigen Warenaustausch mit dem westlichen Nachbarn in die Wege zu leiten. Daß politische Gegensätze dabei mitspielen, läßt sich ja nicht verbergen.

Nicht so lang ist der Weg gewesen, mit Rußland zu einem neuen wirtschaftlichen Übereinkommen zu gelangen. Hier haben ja die Vorkommnisse beim Schachty-Prozeß bekanntlich die ersten Verhandlungen zerschlagen und zu einer langen Pause geführt; um neue derartige Vorkommnisse zu vermeiden, ist jetzt eine leidlich klare Erklärung darüber erfolgt, was die russische Regierung unter Wirtspionage versteht. Man konnte es schließlich keinem deutschen Ingenieur verdenken, wenn er es ablehnte, nach Rußland zu gehen; was damals den Deutschen passiert ist, hätte leicht zahlreiche Wiederholungsfälle finden können. Übermäßig große Hoffnungen freilich wird man nach den bisherigen Erfahrungen auf ein rasches Emporblühen der deutsch-russischen Handelsbeziehungen nicht bauen können; aber die Krise in der deutschen Wirtschaft macht es notwendig, ein möglichst weites Absatzfeld zu suchen, und zwar auch dort, wo dieses Feld besonders schwer zu beackern ist.

Amerikaner im Sachverständigenausschuß

Die Reparationskonferenz.

Hilfe der Vereinigten Staaten.

Aus Washington erfährt man, daß der britische Botschafter angewiesen ist, unverweilt die offizielle Einladung der Alliierten und die Deutschlands an die amerikanische Regierung zur Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz zu übergeben. Die amerikanische Regierung beabsichtige nicht, die amerikanischen Vertreter zu bestimmen, da dies eine offizielle Teilnahme bedeuten würde. Wenn aber die europäischen Unterhändler nicht zu einer Einigung über die Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation gelangen sollten und die Vereinigten Staaten um Unterstützung ersuchen würden, werde die amerikanische Regierung gern helfen.

Man nehme an, daß dann Washington seine Haltung offiziell bekanntgeben werde. Die interessierten Mächte sollen die amerikanischen Sachverständigen unter der Voraussetzung benennen, daß die amerikanische Regierung die Wahl billige.

*

Amerika nimmt die Einladung an.

Der angekündigte Schritt des britischen Botschafters bei der amerikanischen Regierung ist jetzt erfolgt. Der Doyen des Diplomatischen Korps, der britische Botschafter Sir Esme Howard, hat den Staatssekretär Kellogg aufgesucht, um ihm im Namen Deutschlands und der alliierten Regierungen den Wunsch einer amerikanischen Beteiligung an der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz zur Lösung des Reparationsproblem zu übermitteln.

Gleichzeitig fragte der Botschafter an, ob die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, amerikanische Sachverständige zu benennen, die mit den Sachverständigen der sechs Regierungen zusammenarbeiten sollen. Sollte die Regierung der Vereinigten Staaten es vorziehen, die Auswahl der amerikanischen Sachverständigen den sechs Regierungen zu überlassen, so würden diese von der Reparationskommission und der deutschen Regierung gemeinsam ernannt werden.

Nach kurzer Unterredung mit Coolidge antwortete Kellogg, daß die Vereinigten Staaten die Einladung annehmen würden, sofern die Auswahl und die Ernennung der Sachverständigen durch die sechs Regierungen erfolge.

Als für die Ernennung zu Sachverständigen in Frage kommend werden genannt: Owen D. Young, Nelson Perkins, Jeremiah Smith und Henry Robinson. Wie verlautet, würde die Regierung der Vereinigten Staaten gegen keine dieser vier Persönlichkeiten irgendwelche Bedenken haben.

*

Wiederaufbau und Frieden.

Der Reichskanzler zur Reparationsregelung.

Der Sozialdemokratische Pressedienst veröffentlicht einen Artikel des Reichskanzlers Hermann Müller mit der Überschrift: Das Jahr 1929. In ihm heißt es u. a.: Das Jahr 1929 wird mit der Einleitung wichtiger internationaler Verhandlungen beginnen. Auf Grund der am 16. September in Genf getroffenen Vereinbarung sollen unabhängige Sachverständige die Endlösung für die deutsche Reparationslast finden, was nur nach eingehender Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands möglich ist, wenn diese Lasten wirklich getragen werden sollen. Die Behandlung der Deutschen als Gleichberechtigte gehört zu den Sicherungen, die für einen Dauerfrieden notwendig sind. Für einen Dauerfrieden ist es aber auch notwendig, daß, wie Briand sagt, endlich alle Reste aus der Kriegszeit liquidiert werden. Dazu gehört auch, daß endlich festgesetzt wird, was Deutschland zu zahlen hat. Jeder nüchtern denkende Wirtschaftler hat inzwischen eingesehen, daß kein Land alle Kriegslasten allein übernehmen kann. Wenn die Sachverständigen die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft feststellen wollen, müssen sie eine ernsthafte Prüfung vornehmen, um zu erkennen, was aus eigener Kraft geleistet werden kann. An dieser Untersuchung haben alle Teile des deutschen Volkes das größte Interesse.

Die Lösung muß so erfolgen, daß die deutsche Währung gesichert und eine neue Inflation unter allen Umständen ausgeschlossen bleibt. Durch letztere würden die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger wiederum am schwersten getroffen werden. **Wenn es im Jahre 1929 gelingen sollte, in den noch strittigen Fragen für die Völker Europas die Lösung zu finden, so würde sich das deutsche Volk nach Wiedergewinnung seiner politischen Freiheit mit ganzer Kraft für den Wiederaufbau im Innern und für den Frieden nach außen einsetzen können. Möge in diesem Sinne das Jahr 1929 glückbringend sein!**

Aman Ullah bleibt Sieger.

Die Europäer in Sicherheit.

Der neuernannte afghanische Botschafter in Moskau erklärte, daß die letzten bei der Botschaft eingegangenen Nachrichten erlauben, mit Sicherheit zu behaupten, daß die reaktionäre Bewegung in Afghanistan in den nächsten Tagen niedergeschlagen sein werde. Die Regierung werde die Reformen mit doppelter Energie durchführen.

Britische Militärflugzeuge landeten in Paschawar wohlbehalten die zweite Gruppe von Europäern aus Kabul, unter denen sich die Mitglieder von zwanzig Familien, darunter die Nichten des französischen Gesandten Feit und Verwandte deutscher und französischer Professoren und Ingenieure befanden.

Hotels in Flammen.

Sechs Personen verbrannt.

In Akron (Ohio) brach aus bisher unbekannter Ursache im Parkhotel Feuer aus, das sich sehr rasch auf das ganze Gebäude ausdehnte. Das Hotel wurde hauptsächlich von Handwerkern und Angestellten aufgesucht, die in den umliegenden Gummifabriken beschäftigt waren. Bei der allgemeinen Panik konnten sich sechs Personen nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen und verbrannten am lebendigen Leibe. Eine Anzahl anderer erlitt mehr oder weniger schwere Brandwunden. Das Hotel brannte vollkommen aus.

Todesopfer bei einem Hotelbrand.

In einem Hotel in Tidaholm brach ein Großfeuer aus, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen. Die Flammen fanden an der Inneneinrichtung so reiche Nahrung, daß es den in den obersten Stockwerken sich aufhaltenden Personen nicht mehr möglich war, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Als es der Feuerwehr endlich gelang, sich einen Weg durch die Flammen zu bahnen, konnte sie nur noch verkohlte Leichen bergen. Andere Angestellte und Gäste konnten sich im letzten Augenblick unter dramatischen Umständen retten. Ehe die Feuerwehr Herr der Flammen werden konnte, hatte das Feuer auf ein Nebengebäude übergegriffen, das ebenfalls vollkommen eingeäschert wurde.

Vier Kinder verbrannt.

Paris. Um Einkäufe zu machen, übergab eine Frau in Montreuil ihre drei kleinen Kinder ihrem ältesten fünf Jahre alten Mädchen. Als sie mit Spielsachen bepackt in die Nähe ihres Heimes kam, sah sie eine Menschenmenge vor den rauchenden Trümmern, aus denen die Feuerwehr vier verkohlte Kinderleichen geborgen hatte.

Brandstiftung.

Mühlhausen i. Th. Im benachbarten Görmar ist die große Doppelscheune des Gemeindevorstehers Schollmeyer mit sämtlichen Erntevorräten vollkommen niedergebrannt. Aus der Tatsache, daß dieser Brand seit kurzer Zeit der zweite ist, der den Gemeindevorsteher betroffen hat und daß ferner die Feuerwehr die Tür des Spritzenhauses verrammelt fand, wird geschlossen, daß auch dieses Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Großfeuer. — Vier Feuerwehrleute verletzt.

Heiligenstadt. Im nahen Geisleden brach in dem Gehöft des Landwirtes Knoche infolge Kurzschlusses ein Brand aus, der in der mit großen Stroh- und Futtervorräten gefüllten Scheune reiche Nahrung fand und auf die Nachbargrundstücke von Bode und Kaufhold übergriff. Zahlreiches Kleinvieh ist in den Flammen umgekommen. Vier Feuerwehrleute erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Weihnachtsgaben der Hindenburg-Spende

Zu Weihnachten hat die Hindenburg-Spende den Rest der dem Reichspräsidenten aus Anlaß seines 80. Geburtstages für Kleinrentner usw. zur Verfügung gestellten Mittel ausgeschüttet. Mehr als 1000 verarmten Mittelstandsangehörigen wurden zu Heiligabend durchweg je 100 Mark überwiesen.

Traurige Weihnachten.

Acht Todesopfer einer Einsturzkatastrophe.

Bei einer Einsturzkatastrophe in Saumur sind acht Tote und fünf Verletzte zu beklagen. Bei dem eingestürzten Neubau handelt es sich um einen in Eisenbeton ausgeführten 80 Meter langen und 20 Meter hohen Schuppen der Kavallerieschule, in dem Automobile, Kanonen und sonstiges Kriegsmaterial untergebracht werden sollte.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF